



«Ein einsamer Mann»: Emil Georg Bührle posiert 1956 in den USA vor einem seiner Fabrikate.

DMITRI KESSEL / LIFE / GETTY



Das Bührle- Forschungsprojekt ist aus dem Ruder gelaufen

Zur Eröffnung des Kunsthaus-Erweiterungsbaus in Zürich soll die Geschichte des Waffenfabrikanten und Kunstsammlers Emil Georg Bührle aufgearbeitet werden. Doch das Vorhaben ist in die Kritik geraten. Nimmt nun gar die Wissenschaft Schaden?

FABIAN BAUMGARTNER, MARC TRIBELHORN

Markus Knauss sieht seine Befürchtungen bestätigt. «Stadtpräsidentin Corine Mauch gab uns ein politisches Versprechen.» Doch daran gehalten habe man sich offenbar nicht. «Es ist ein politisch nicht opportuner Versuch der Einflussnahme.» Was den grünen Zürcher Gemeinderat so in Rage versetzt, sind die Vorkommnisse rund um ein Forschungsprojekt, mit dem die Geschäfte des Waffenfabrikanten Emil Georg Bührle (1890–1956), aber auch seine Tätigkeit als Kunstsammler und Mäzen aufgearbeitet werden sollen – pünktlich zur Eröffnung des Kunsthaus-Erweiterungsbaus, der die Sammlung Bührle beherbergen wird.

Knauss hat bereits in mehreren politischen Vorstössen die historische Aufarbeitung der Sammlung Bührle thematisiert. Die Wahl von unabhängigen Historikern der Universität Zürich stelle sicher, dass von keiner Seite Einfluss auf die Ausrichtung der Forschungsarbeiten genommen werde, beschied ihm der Zürcher Stadtrat vor zweieinhalb Jahren auf eine schriftliche Anfrage hin. Und: «Der Steuerungsausschuss nimmt auf diese wissenschaftlichen Arbeiten keinen Einfluss.»

Doch genau dies machte die «Wochenzeitung» («WOZ») den Zürcher Behörden, der Bührle-Stiftung und dem mit dem Forschungsprojekt beauftragten Geschichtspräsidenten Matthieu Leimgruber kürzlich zum Vorwurf. Unter dem Titel



«Bührle wird beschönigt» berichtete das Blatt, es seien vonseiten der Stadt und der Bührle-Stiftung «verharmlosende» Änderungsvorschläge eingebracht worden, die Leimgruber übernommen habe.

Simon Teuscher, Co-Vorsteher des Historischen Seminars an der Universität Zürich, verteidigte daraufhin den Forschungsbericht in einem NZZ-Interview. Von Zensur und dunklen Machenschaften könne keine Rede sein. Leimgruber habe manchmal Reizwörter durch präzisere Umschreibungen ersetzt. «Das ist dann nicht immer so aufregend, aber für einen wissenschaftlichen Bericht durchaus adäquat.» Zudem sei es in der Auftragsforschung sehr verbreitet, Einwände der Auftraggeber anzuhören und sie aufzunehmen, sofern Passagen zum Beispiel missverstanden werden könnten.

Schlüsselbegriffe geopfert?

Dieser Darstellung widerspricht nun Erich Keller vehement. Der Historiker leistete den Grossteil der Forschungsarbeit zu Bührle, stieg jedoch im Frühjahr vorzeitig aus dem Projekt aus. Durch die Eingriffe des Steuerungsausschusses werde die Forschungsfreiheit missachtet, kritisiert er. Er könne und wolle deshalb nicht mit seinem Namen für eine Studie stehen, die nicht Ergebnis einer offenen Forschung sei. «Schlüsselbegriffe wie Zwangsarbeit, Antisemitismus oder Freikorps sind einfach dem Rotstift zum Opfer gefallen.» Für Keller ist deshalb klar: «Man möchte die Sammlung im Erweiterungsbau offenbar präsentieren, ohne dass diese Begriffe herumschwirren.» Es wäre seiner Meinung nach klare Aufgabe der Projektleitung, sich gegen Druckversuche der Auftraggeber zu verwehren.

Laut Keller ist es nämlich nicht beim Ersetzen von einigen Reizwörtern durch präzisere Umschreibungen geblieben.

«Es kann doch nicht sein, dass Befunde auf Geheiss

der Auftraggeber weichgespült werden.»

Georg Kreis
Historiker

Vielmehr seien ganze Abschnitte verändert oder gleich weggelassen worden. Zum Beispiel beim Thema Antisemitismus. Im Archiv für Zeitgeschichte entdeckten die Forscher einen Brief, den Bührle der Satirezeitschrift «Nebelspalter» gesandt hatte. Bührle beschwerte sich darin, dass ihn ein Karikaturist schlafend zwischen Geldsäcken gezeichnet habe. Er schrieb, die Zeichnung stamme aus der «Rumpelkammer des Marxismus». Der «Nebelspalter» solle besser in Bührles Fabrik nach Oerlikon kommen, «vielleicht vergeht dir dann die fratzenhafte jüdische Vorstellung, die du von einem Industriellen zu haben scheinst».

Keller, der mit einer Studie zur jüdischen Geschichte promovierte, sagt, die Verbindung von Marxismus und Judentum sei zu Bührles Zeit ein virulenter Topos gewesen. Die Quelle sei eindeutig, weshalb er Bührles Wortwahl als «antisemitischen Ausfall» bezeichnet habe. Er widerspricht damit auch Simon Teuscher, der die Änderung von Forschungsleiter Leimgruber mit dem Argument verteidigte, die Quelle sei nicht zweifelsfrei zu interpretieren. Gestrichen wurde die Textstelle notabene auf Anregung von Lukas Gloor, dem Direktor der Stiftung Bührle. «Es wurde aber nicht nur der Begriff Antisemitismus gestrichen, sondern auch die Erklärung, warum die Formulierung Bührles als antisemitisch zu interpretieren sei», sagt Keller verärgert.

Gutachter prüfen Vorwürfe

Das «problematische Vorgehen» zeigt sich laut dem Historiker auch an anderen Stellen, etwa beim Thema Zwangsarbeit. Ein Abschnitt zur Frage, wie Bührle von

Zwangsarbeit in der deutschen Tochtergesellschaft Icaria profitiert hatte, wurde auf Vorschlag von Peter Haerle, dem Kulturdirektor der Stadt Zürich, ebenfalls empfindlich gekürzt. Dies betrifft die Frage, was Bührle von dem NS-Frauenlager wusste, deren Insassinnen zur Produktion von Oerlikon-Bührle-Maschinenkanonen gezwungen wurden. Gestrichen worden sei ebenso, allem Anschein nach von Leimgruber selbst, die Feststellung, es sei unstrittig, dass somit auch Gelder aus Nazi-Zwangsarbeit in der Kunstsammlung steckten, erklärt Keller. Seine Kritik an den Eingriffen hat bereits Wirkung gezeigt. Die Universität Zürich lässt nun die strittigen Passagen im Forschungsbericht von zwei externen Gutachtern überprüfen.

Doch wie üblich ist es, fachfremden Auftraggebern den Studienentwurf integral zu unterbreiten, Kommentare entgegenzunehmen und einzuarbeiten? Der emeritierte Basler Geschichtsprofessor Georg Kreis betont auf Anfrage, dass dies durchaus verbreitet sei. «Aber nur in der privaten Auftragsforschung, sicher nicht bei Forschungsprojekten, deren Raison d'être und Reputation davon leben, dass sie in völliger Unabhängigkeit erarbeitet worden sind.»

Historiker Kreis hat reiche Erfahrung in diesem Feld. Im Auftrag des Bundes erforschte er im Zuge des Fichen-Skandals den eidgenössischen Staatsschutz und später die Beziehungen der Schweiz zum Apartheidregime in Südafrika, ausserdem war er Mitglied der Bergier-Kommission. «Bei all diesen Projekten gaben wir unseren politischen Auftraggebern keine Ergebnisse in die Vernehmlassung. Und es redete uns auch niemand drein.» Für Kreis droht im Bührle-Beispiel eine Beschädigung der Wissenschaft und der Universität: «Es kann doch nicht sein, dass Befunde auf Geheiss der Auftraggeber weichgespült werden, indem kontaminierte Begriffe einfach weggelassen werden.» Es sei daher richtig, dass den Vorwürfen Kellers an der Universität Zürich minuziös nachgegangen werde. Druckversuche der Auftraggeber seien das eine, sol-



chen – trotz soliden Quellenbefunden – nachzugeben, das andere.

Nervosität hinter den Kulissen

Von einem Eingriff in die Forschungsfreiheit will man bei der Stadt Zürich indes nichts wissen. Die Auftraggeber hätten keine Änderungen am Forschungsbericht vorgenommen, sagt Lukas Wigger, Sprecher des Präsidialdepartements, auf Anfrage. Kulturdirektor Haerle habe lediglich auf Textstellen hingewiesen, die aus seiner Sicht entweder zu wenig belegt seien oder einer zusätzlichen Begründung bedürften. Dies sei als Anregung gedacht gewesen. «Ob die Autoren sie übernehmen oder nicht, bleibt immer ihr Entscheid.» Es sei zudem ein gängiges Vorgehen, dass der Auftraggeber, der auch für die Finanzierung aufkomme, über den Fortschritt der Forschungsarbeiten informiert werde, zumal sich die Abgabe des Berichts um ein Jahr verzögert habe. Klar ist laut Wigger, dass der Bericht dereinst veröffentlicht werden soll. Doch: «Ein Datum können wir nicht nennen.» Zurzeit laufe ja noch die von der Universität in Auftrag gegebene Untersuchung. «Der weitere Zeitplan hängt auch vom Resultat die-

ser Gutachten ab.» Lukas Gloor, Direktor der Stiftung Bühle, möchte sich erst zum Bericht äussern, wenn er vorliegt.

Hinter den Kulissen hat die Kritik des ehemaligen Projektmitarbeiters Keller aber für einige Nervosität gesorgt. Von einer «verkachelten Situation» und von «Schadensbegrenzung» ist dem Vernehmen nach die Rede. Und: Es wurde von Behördenseite versucht, die Wogen zu glätten und Keller vom Gang an die Öffentlichkeit abzubringen, auch mittels Kontaktaufnahme zu Personen aus seinem Umfeld. «Seiner Reputation als Historiker, der auf Aufträge angewiesen ist, würde ein solcher Streit kaum nützen», schreibt ein Kommunikationsbeauftragter von Regierungsrätin Jacqueline Fehr (die im Steuerungsausschuss sitzt) in einer Mail, die der NZZ vorliegt.

Der Grüne Markus Knauss nahm die Querelen am Mittwochabend zum Anlass für eine Fraktionsklärung im Zürcher Gemeinderat: «Politisch ist eine solche Einflussnahme für uns absolut inakzeptabel.» Doch nun muss zunächst einmal die Universität Zürich klären, ob eine unzulässige Einflussnahme durch den Steuerungsausschuss stattgefunden hat.



Der Parvenü wurde mit Waffendeals zum reichsten Schweizer

Der Industrielle Emil Georg Bührle, der die Nazis mit Kanonen belieferte, war ein Kunstfreund und Mäzen – bis heute bleibt er eine umstrittene Persönlichkeit

MARCTRIBELHORN

Es war einmal ein schöngeistiger deutscher Kunsthistoriker, der an seiner Dissertation arbeitete. Dann kam der Erste Weltkrieg – und führte den jungen Emil Georg Bührle als Soldat auf die Schlachtfelder in Frankreich, Russland, Rumänien. «Vier Jahre an der Front machten aus einem wirklichkeitsfremden Ästheten und Philosophen einen Menschen, der sich gewöhnte, rauen Tatsachen nüchtern ins Auge zu schauen, rasche Entschlüsse zu fassen, zu handeln und Verantwortung für andere zu tragen.» So erinnerte sich Bührle Jahrzehnte später, als er es in der kleinen Schweiz längst zu grosser, wenn auch zweifelhafter Berühmtheit gebracht hatte: als Grossindustrieller, als «Kanonenkönig», als Kunstsammler, als reichster Mann des Landes.

Heftige Polemiken

Bis heute bleibt die Persönlichkeit dieses Parvenüs rätselhaft. Er scheute zeitlebens zu viel Publizität; «ein einsamer Mann» sei er gewesen, konstatierte der Maler Oskar Kokoschka, der mit ihm bekannt war. Nur wenige öffentlich zugängliche Zeugnisse lassen Rückschlüsse auf Bührles Weltanschauung und Werthaltungen zu. Seine Geschäfte mit Waffen, aber auch seine private Kunstsammlung waren schon früh Gegenstand heftiger Polemiken, vor allem von links. Moral und Ethik scheinen für viele als Kompass unumgänglich bei der Betrachtung eines Manns, der mit dem Verkauf von Rüstungsgütern an die Nazis exorbitante Summen verdiente. Und der sie dann auf dem Kunstmarkt einsetzte, auf dem viele Gemälde wegen Hitlers Kriegs- und Raubzügen überhaupt erst zu haben waren.

Geboren wurde Emil Georg Bührle 1890 als Sohn eines Beamten in Pforzheim. Er studierte in Freiburg, München und Berlin, wurde in die Armee eingezogen, gehörte nach Kriegsende

einem Freikorps an und trat 1919 in die Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik ein. Schon damals hatte er ein untrügliches Gespür für sich bietende Chancen. Er heiratete in eine Bankiersfamilie ein und siedelte 1924 in die Schweiz über, um im Auftrag seines Arbeitgebers die marode Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon (WO) zu sanieren. Solche Übernahmen im Ausland dienten der deutschen Industrie dazu, sich trotz Restriktionen durch den Versailler Friedensvertrag den Zugang zu Rüstungstechnik zu sichern.

Weil das Geschäft mit Werkzeugmaschinen in den 1920er Jahren ohnehin darbot, setzte Bührle in Oerlikon auf den Verkauf einer immer weiter entwickelten 20-mm-Flabkanone, die er samt Munition und Zubehör bald in die halbe Welt exportierte. Er war ein Geschäftsmann ohne Skrupel. Was der Kunde wollte, bekam er geliefert, selbst wenn Embargos umgangen werden mussten. Dass Waffen lukrativ sein würden, war Bührle früh klar. Der ehemalige Frontkämpfer, der Oswald Spenglers «Untergang des Abendlandes» genau studiert hatte, wusste, wie dünn der Firnis der Zivilisation war.

Profiteur und Sündenbock

Mit dem Geld des Schwiegervaters wurde Bührle 1929 Mehrheitsaktionär der WO, 1937 alleiniger Inhaber. Im gleichen Jahr erhielt er das Schweizer Bürgerrecht, obwohl bemängelt wurde: «Mundartlich ist Bührle nicht vollständig angepasst.» Im Zweiten Weltkrieg avancierte seine WO nicht nur zu einer Waffenschmiede Hitlers, sondern auch zu einem wichtigen Element der schweizerischen Aussenpolitik, vor allem zwischen 1940 und 1944, als das Land von den Achsenmächten umzingelt war. 1940 hiess es in einem Sitzungsprotokoll des Bundesrats und der Delegation für Wirtschaftsverhandlungen, man habe «alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Förderung des Expor-

tes nach Deutschland auf der ganzen Linie herbeizuführen». Damit nahm die politische Führung bewusst in Kauf, dass die Neutralität verletzt wurde und der Schweizer Armee weiterhin wichtige Abwehrwaffen fehlten, während sich Bührle im Nachbarland ein Vermögen schuf – aber für die Eidgenossen eben auch Goodwill.

Die WO zeichnete in dieser Zeit verantwortlich für zwei Drittel der gesamten Schweizer Kriegsmaterialausfuhr an die Achsenmächte. Sie wickelte Geschäfte im Wert von rund einer halben Milliarde Schweizerfranken ab. Das war zwar beträchtlich, angesichts der gigantischen Rüstungsindustrie der Nazis aber quantitativ und qualitativ unbedeutend. Emil Georg Bührles Vermögen stieg in den Kriegsjahren sprunghaft an – von 8,5 Millionen auf 170,7 Millionen Franken –, was ihn an die Spitze der Vermögenden des Landes katapultierte. Die Alliierten setz-

Was der Kunde wollte, bekam er geliefert, selbst wenn Embargos umgangen werden mussten.

ten die Firma des «Nazi friend» auf die schwarze Liste; im Inland wurde er als «grösster und skrupellosester Kriegsgewinnler» angefeindet. Bührle war Profiteur und Sündenbock zugleich. Moralisch verwerflich fand er seine Waffengeschäfte nicht: «Man muss die Menschen nehmen, wie sie sind. Seitdem es Menschen gibt, haben sie aufeinander losgeschlagen. Heute sind sie in dieser Kunst bloss erfinderischer geworden», erklärte er 1942 der «Gazette de Lausanne».

Der erzbürgerlich-konservative und antikommunistische Industrielle war zwar kein Anhänger der Nazis. Er pflegte aber während des Kriegs rege Kontakte zu hohen Funktionären des



«Dritten Reichs» und half einigen bei der Flucht, als die Waffen schwiegen. Den SS-Rottenführer Heinz Stölzel, der in Peenemünde an den geheimnisumwitterten V-Raketen gearbeitet hatte, stellte er im eigenen Betrieb ein.

Nach 1945 folgten für Bührle zwar weniger lukrative Jahre. Doch als der Kalte Krieg 1950 in Korea richtig Fahrt aufnahm, war Bührle wieder zur Stelle – und gefragt: Die Amerikaner bestellten bei ihm 240 000 Raketen des Typs «Pulver», die auch sowjetische Panzerungen durchschlugen. Um den neutralitätspolitisch brisanten Deal beim Bundesrat durchzubringen, schreckte Bührle auch nicht vor Drohungen zurück: Er müsse sonst 1000 Arbeiter entlassen.

Kaufen, was gefällt

Mit seinem immensen Vermögen baute Bührle en passant eine der bedeutendsten privaten Kunstsammlungen der Welt auf – «die Vergeistigung des Wirtschaftlichen», wie es sein Jagdkollege, der katholisch-konservative Bundesrat Philipp Etter, einmal formulierte. 1934 hatte Bührle eine erste Degas-Zeichnung und ein Renoir-Stilleben gekauft.

Es folgten Gemälde von Monet, Manet, Gauguin, van Gogh, Cézanne und weiteren Grossmeistern des Impressionismus. Wenn ihm etwas gefiel, griff er zu – auch dort, wo Sammlerkonkurrenten wie der Winterthurer Oskar Reinhart mit gutem Grund zurückschreckten. Und so erwarb Bührle während des Zweiten Weltkriegs auch Werke, welche die meist jüdischen Vorbesitzer in existenzieller Not hatten verkaufen müssen. Dreizehn Bilder kaufte er aus nachweislich geraubten Beständen und musste sie später zurückgeben. Bührle wollte von der dunklen Herkunft der Gemälde nichts gewusst haben und berief sich beim Raubgutprozess 1948 vor Bundesgericht auf seine Gutgläubigkeit. Den Grossteil seiner über 600 Werke umfassenden Sammlung erwarb er indes später auf dem internationalen Kunstmarkt in New York, London und Paris.

In der Schweiz inszenierte sich Bührle als Förderer der Kultur, gründete Stiftungen oder finanzierte mit 4 Millionen Franken einen neuen Ausstellungstrakt des Zürcher Kunsthauses, der 1958 eröffnet wurde. Sein Mäzenatentum löste gemischte Gefühle aus. Die Linke ätzte

über das «Blutgeld» und die Versuche Bührles, sich «reinzuwaschen». Die Bürgerlichen verdankten das Engagement des weltberühmten Grossindustriellen gerne, auch wenn die alteingesessenen Zürcher Familien den Aufsteiger aus Deutschland nie richtig akzeptierten. Den von der Universität Zürich in Aussicht gestellten Ehrendokortitel erhielt er nie, er wurde nie in eine Zunft aufgenommen, war nie am Sechseläuten eingeladen. Vor Wirtschaftsführern sprach er kurz vor seinem Tod mit bitterem Unterton: «Es scheint mir immer paradox, dass man den Soldaten ehrt, aber den, der die Waffen erzeugt, diskriminiert.»

Emil Georg Bührle starb 66-jährig im November 1956 bei der Arbeit – an Herzversagen.

Thomas Buomberger, Guido Magnaguagno (Hg.). Schwarzbuch Bührle: Raubkunst für das Kunsthaus Zürich? Zürich 2015.

Daniel Heller. Zwischen Unternehmertum, Politik und Überleben. Emil G. Bührle und die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle & Co. 1924 bis 1945. Frauenfeld 2002.